



Forderungspapier der digitalen Workshop-Veranstaltung

futurEU

Werte und Recht, Rechtsstaatlichkeit - Nachhaltiges Wirtschaften, Währungspolitik - Digitaler Wandel - Demografische Entwicklung - Bildung und Europäische Öffentlichkeit

Ideen und Forderungen aus der gemeinsamen Veranstaltung "futurEU" der **Jungen Europäischen Föderalist:innen Bayreuth** und der **European Law Students' Association Bayreuth** im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas.



In diesem Forderungspapier haben wir gemeinsame Vorstellungen und Ideen zur Zukunft der Europäischen Union formuliert. Diese basieren auf Erkenntnissen aus einer digitalen Workshop-Veranstaltung vom 18. Januar 2022, bei der circa 60 Personen mitgewirkt haben. Unsere Erkenntnisse möchten wir im „Rahmen der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union“ einbringen.

Die Veranstaltung wurde organisiert von zwei studentischen Hochschulgruppen der Universität Bayreuth, den Jungen Europäischen Föderalist:innen (JEF Bayreuth) und der European Law Students´ Association (ELSA-Bayreuth e.V.). Begleitet wurden die Workshops durch einem Grußwort von Rainer Wieland, dem Vize-Präsidenten des Europäischen Parlaments, und von Impulsvorträgen durch namhafte Referenten und Referentinnen. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir Nathalie Rivault, Prof. Dr. Gundel, Max Behrend, Dr. Alessio Terzi (PhD), Lasse Thiele, Prof. Dr. Röglinger, Prof Dr. Lohse und Rolf-Dieter Krause gewinnen konnten.

Werte und Recht, Rechtsstaatlichkeit

Wir stellen fest, dass es teils ein ungleiches Verständnis von Werten und Demokratie in der Europäischen Union gibt. Das Motto der Union „Einheit in Vielfalt“ bringt zum Ausdruck, dass sich die Europäer in der EU zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einzusetzen, und dass gleichzeitig die vielen verschiedenen europäischen Kulturen, Traditionen und Sprachen den gesamten Kontinent bereichern. Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Auch in Zukunft sollen grundrechtsrelevante Kernbereiche in den Zuständigkeiten der Mitgliedsstaaten belassen werden.
- Im Sinne eines gemeinsamen Europas sollen nach der Pandemie die Grenzkontrollen wieder aufgehoben werden.
- Es soll ein gemeinsames Demokratieverständnis in den Mitgliedsstaaten aufgebaut werden.

Das Verhältnis von EU-Recht und nationalem Recht zueinander birgt Konfliktpotential. Deshalb sehen wir Folgendes als nötig an:

- Das Suspendierungsverfahren nach Art. 7 EUV muss faire Verteidigungschancen bieten, um akzeptiert zu werden. Dazu muss die politische Opposition im ersten Schritt gestärkt werden. Mehr Kompromiss, weniger Sanktion!
- Dem Europäischen Gerichtshof soll ein Vorranganspruch eingeräumt werden. Dadurch werden ausgewogene Entscheidungen erreicht. So könnte die Schwierigkeit des völkerrechtlichen Konsensprinzips bei Verfassungsänderungen aufgelöst werden.

Des Weiteren sehen wir in der aktuellen Systematik des europäischen Haftbefehls ein Problem. Mitgliedstaaten der Europäischen Union wie Polen und Ungarn weisen Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit auf. Wir sind der Ansicht, dass die Grundlagen der europäischen Haftbefehle überdacht werden müssen. Man könnte eine Instanz zur Überprüfung des Haftbefehls einschalten. Verfahren würden ansonsten enorm in die Länge gezogen werden. Problematisch bleibt jedoch die demokratische Legitimation einer solchen Instanz. Aus diesem Grund sehen wir ein Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs als wichtig an. Dabei kann eine Ungleichbehandlung mit dem unterschiedlichen Niveau der Rechtsstaatlichkeit gerechtfertigt werden.

Nachhaltiges Wirtschaften, Währungspolitik

Es ist klar, dass wir den Klimawandel effektiv bekämpfen müssen und dabei unseren Wohlstand erhalten möchten. Deshalb fordern wir:

- Der CO₂-Zertifikatehandel muss wirksam durchgesetzt werden, sodass die Klimaziele eingehalten werden können. Das bedeutet auch, dass die Sektoren Mobilität, Landwirtschaft und Wärme inkludiert werden müssen. Ein CO₂-Limit muss anhand der Klimaziele definiert werden.
- Greenwashing bei nachhaltigen Investments muss unterbunden werden. Das erfordert Transparenz darüber, was grüne Investitionen ausmachen.
- Technologien des Klimaschutzes und deren Förderung müssen bei einer gesamtheitlichen Strategie Berücksichtigung finden.
- Der "Carbon Border Adjustment Mechanism" soll im WTO-Recht verankert werden, um Europa als ersten klimaneutralen Kontinent zu stärken.
- Die Europäische Union soll einen "Klimaclub" initiieren, um andere Länder auf der Welt zu unterstützen.
- In Europa soll eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft aufgebaut werden.
- Es muss ein einheitlicher europäischer Energiemarkt geschaffen werden.

Darüber hinaus haben wir erkannt, dass neben dem nachhaltigen Wirtschaften auch die Währungspolitik eine signifikante Rolle spielt. Für uns ist Folgendes wichtig:

- Die Europäische Zentralbank muss sich in ihrem Handeln stärker an ihrer rechtlichen Grundlage orientieren. Ihr Mandat bleibt ausschließlich die Preisstabilität in der Euro-Zone.
- Es braucht einen gewissen Spielraum, sodass Mitgliedstaaten nicht aufgrund hoher Zinsen auf Staatsanleihen bedrohlich unter Druck geraten.
- Der Euro soll als europäische Währung gestärkt werden.
- Die Fiskalpolitik muss europäisch harmonisiert und gestärkt werden, damit eine Währungspolitik nicht in die Gefahr asymmetrischer Schocks gerät.



Digitaler Wandel

Wir sehen den allgegenwärtigen Einfluss der Digitalisierung auf alle Lebensbereiche. Viele Themen verändern sich rapide. Im Hinblick auf die Vielfalt der Entwicklungen machen wir folgende Komplexe aus und fordern:

- Die Europäische Cloud-Infrastruktur ist gekennzeichnet durch starke Datenschutzregeln. Das bedeutet Lebensqualität und ermöglicht bei transparenter Anwendung effizientes und persönlichkeitschützendes Wirtschaften. Die Vorteile müssen hier erkannt werden. Eine europäische Cloud sollte als ernsthafte Alternative diskutiert werden.
- Es bedarf einer stärkeren Regulierung des drohenden "Überwachungskapitalismus".
- Universitäten und weitere Schulungseinrichtungen sollen "upgradeable degrees" anbieten und die Rolle von Wissensorchestratoren einnehmen. So wird "lebenslanges Lernen" möglich sein. Der Zugang darf nicht auf Akademiker und Akademikerinnen beschränkt sein. Dabei soll mehr Spezialisierung möglich sein.
- Förderung lokaler Innovation Hubs für Start-Ups im Sinne der Regionalisierung.
- Bürgern und Bürgerinnen müssen zu einem besseren Verständnis für digitale Entwicklungen, Möglichkeiten und Gefahren befähigt werden, um Unwissenheit und Verunsicherung zu begegnen. Dabei ist transparentes Verhalten unabdingbar, um den schmalen Grat zwischen Freiheit und Sicherheit zu beschreiten und um auch Potentiale für demokratische Partizipation zu eröffnen. Dabei müssen sich staatliche Stellen zurückhalten, um ein demokratisches und freies Internet zu gewährleisten.
- Monopole wie bei Messengern soll durch eine Pflicht zur Interoperabilität begegnet werden. Auch Open-Source-Konzepte müssen stärker gefördert werden.
- Staaten muss eine Art digitale Selbstverteidigung gegen digitale Angriffe ermöglicht sein, da das Sicherheitsniveau aufgrund der globalen und anonymen Natur höher ist als in der Realität.
- "Break the rules, not the law" - wir brauchen disruptive Innovation und müssen die Gesetzeslage berücksichtigen.
- Upskilling ist eine gesamteuropäische Herausforderung. Bildungsprogramme müssen gesamteuropäische Interessen erfassen.

Demografische Entwicklung

Wir stellen fest, dass in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die demografische Entwicklung ungleich verläuft. Insgesamt bedarf es aufgrund der rückläufigen Geburtenrate in den tragenden Industrienationen jedoch einer signifikanten Arbeitsmigration. Um einen Fachkräftemangel in den Industrienationen zu vermeiden und die Mobilität innerhalb der EU zu fördern, fordern wir Folgendes:

- Die Europäische Union soll ein punktebasiertes Einwanderungssystem einführen - für alle Mitgliedsstaaten.
- Es braucht ein einheitliches Asylsystem auf EU-Ebene zur Reform der Dublin-Konvention. Das soll beinhalten ein einheitliches System für Arbeitsvisa mit gegenseitiger Anerkennung und verringerte bürokratische Hürden.
- Zuwanderung aus Drittstaaten soll erhöht werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- Arbeitslosen sollen einheitliche Weiterbildungsmaßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Dabei bedarf es besonderer Rücksichtnahme auf junge Menschen in Hinblick auf Jugendarbeitslosigkeit.
- Das duale Ausbildungssystem nach deutschem Vorbild soll in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angeboten werden.
- Die Länge der Ausbildungs- und Studienzeiten sollen stärker harmonisiert werden und mehr Möglichkeiten auf Verkürzen angeboten werden, um die Mobilität junger Menschen zu fördern.
- Eltern sollen mehr steuerliche Vorteile pro Kind erhalten - unabhängig vom Status der Ehe als institutionalisierte Lebenspartnerschaft. So soll die Geburtenrate und die Attraktivität von Familiengründungen erhöht werden. Dazu soll ein europäischer Sozialstaat aufgebaut werden.
- Es sollen kostengünstige und verpflichtende Sprachkurse für Arbeitsmigranten und -migrantinnen innerhalb der Europäischen Union und für Bürger und Bürgerinnen aus Drittstaaten angeboten werden.
- In allen Mitgliedsstaaten sollen dynamische Mindestlöhne eingeführt werden.

Bildung und Europäische Öffentlichkeit

Wir haben erkannt, dass nachhaltige Aufmerksamkeit Themen zu kommt und nicht einer Struktur selbst. Demnach gilt es die europäische Öffentlichkeit daran auszurichten und gemeinsame Ansinnen im Sinne von „inter homines esse“ in den Vordergrund zu stellen anstatt auf die Europäische Union selbst. Dazu braucht es unter den europäischen Völkern ein vergleichbares hinreichendes Verständnis von kollektiven Anliegen. Dies kann durch Bildung erreicht werden. Die agierenden Politiker und Politikerinnen, die EU-Institutionen, deren Projekte, die Nationalstaaten sowie die Unionsbürger und -bürgerinnen stehen in Verantwortung. Besonders für letztere fordern wir konkret:

- den Erhalt und Ausbau des ERASMUS-Programms für Auszubildende. Europäisches Denken und Handeln darf nicht nur ein Ansinnen einer akademischen Elite sein. Aus diesem Grund muss in allen europäischen Ländern der Europäischen Union der Zugang von Auszubildenden zu europäischen Austauschprogrammen vereinfacht und die Angebotsbreite erhöht werden.
- die Förderung von Sprachkursen für alle Bevölkerungsgruppen in Europa, insbesondere für junge Menschen. Sprache verbindet und ist Basis für den gesellschaftlichen Austausch über Ländergrenzen hinweg. Doch dafür braucht es zunächst einmal ein hinreichend ausgebautes und zugängliches Angebot.
- eine vertiefte Auseinandersetzung mit europäischen Themen in Schul- und Ausbildung. Kenntnisse über gemeinsame europäische Anliegen können durch einen stärkeren Fokus in der Bildung erlangt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dies neben der gymnasialen Lehre ebenfalls in den Haupt- und Realschulen Einzug findet.

Des Weiteren erwarten wir von Politikern und Politikerinnen, die sich mit europäischen Themen auseinandersetzen, diese auch als kollektive Ansinnen verstehen. Sie müssen auch mit der Zivilgesellschaft anderer Nationen in den Austausch treten und sich nicht dem Diskurs verschließen. Wir möchten, dass die Europäische Union sich an den tatsächlichen Begehren der Bürger und Bürgerinnen orientiert und dabei den Diskurs über Probleme nicht scheut. Denn die Lösung dieser liegt ihnen am Herzen und leistet erkennbaren Mehrwert. Anstatt an einer Utopie zu arbeiten, muss der Leistungscharakter der Europäischen Union gegenüber seinen Bürgern und Bürgerinnen als Gesamtheit stärker ausgeprägt werden. Doch um dies sicherzustellen, braucht es auch ein gemeinsames Verständnis von Begrifflichkeiten. Es gilt eine europäische Fortschrittsgemeinschaft zu erreichen, die im Zweifel auf den praktischen Nutzen anstatt auf ideelle Ziele setzt.

Wir möchten ein Europa gestalten, dass sich für seine Bürger und Bürgerinnen einsetzt und diese nach außen mit starker Stimme in der Welt vertritt. Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ sehen wir als Möglichkeit, dieses Ziel zu verfolgen. Von der Konferenz und unserem Beitrag erhoffen wir uns nicht nur Berücksichtigung der eingebrachten Vorstellungen, sondern ein zentrales Ausrichten der Europäischen Union als supranationale Organisation.

„A just world in which there is respect for human dignity and cultural diversity“ - Getreu dem ELSA-Motto setzen wir uns für eine gerechte Welt ein, in der die Menschenwürde und die kulturelle Vielfalt geachtet werden. Dem möchten wir mit diesem Forderungspapier näherkommen.

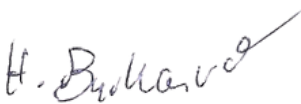
Europa ohne Grenzen - demokratisch, transparent und verständlich aufgebaut, das ist das Ziel der Jungen Europäischen Föderalist:innen seit 1949. Die Bürger und Bürgerinnen Europas sollen ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen. Durch Veranstaltungen wie „futurEU“ in Bayreuth möchten wir das Europa von morgen mitbestimmen.



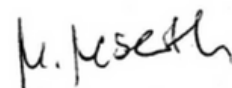
Clara Lerch,
Vorsitzende KV Bayreuth
Junge Europäische Förderalist:innen Bayern e.V.



Lukas Dreßel,
Project Board
ELSA-Bayreuth e.V.



Heiner Burkard,
Stellvertretender Vorsitzender KV Bayreuth
Junge Europäische Förderalist:innen Bayern e.V.



Markus Meserth,
Project Board
ELSA-Bayreuth e.V.



JUNGE
EUROPÄISCHE
FÖDERALIST:INNEN
BAYREUTH

**Junge Europäische Föderalist:innen
Bayern e.V. - Kreisverband Bayreuth**

c/o Europa Union Bayern e.V.

Oberanger 32

80331 München

E-Mail: bayreuth@jef-bayern.de

Website: jef-bayern.de/bayreuth

elsa

The European Law Students' Association

BAYREUTH

ELSA-Bayreuth e.V.

Universität 30

95447 Bayreuth

E-Mail: info@elsa-bayreuth.de

Website: elsa-bayreuth.de

Dieser Bericht wurde publiziert von Clara Lerch, Heiner Burkard, Lukas Dreßel und Markus Meserth

am 02.02.2022.